

# Plenarprotokoll (neu)

125. Sitzung

Freitag, 22. Juli 2016

## Gemeinsame Beratung

a) **Integration für alle in Schleswig-Holstein!** ..... 10535

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/4411(neu)

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4400/drucksache-18-4411.pdf>

b) **Wohnortzuweisung für anerkannte Asylbewerber und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein zügig ermöglichen**..... 10535

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 18/4425(neu)

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4400/drucksache-18-4425.pdf>

-----  
**Angelika Beer** [PIRATEN] ..... 10536

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU prescht mit ihrem Antrag nach vorn, um die Residenzpflicht für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein wieder einzuführen, und von den Koalitionsfraktionen gibt es nicht mehr als Absichtserklärungen. Denn auf Bundesebene besteht eine große Koalition aus Union und SPD, die das Recht auf Asyl und die Integration von Flüchtlingen immer weiter einschränken.

Als das Integrationsgesetz in diesem Monat im Bundesrat zur Abstimmung stand, hat unsere Landesregierung auf die Anrufung des Vermittlungsausschusses verzichtet, und jetzt fordern Sie, dass unsere Landesregierung „die integrationsfeindlichen und ausgrenzenden Elemente des Bundesintegrationsgesetzes“ abmildert soll.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, darf ich Sie daran erinnern, welche Partei für das Bundesintegrationsgesetz gestimmt hat? Darf ich Sie daran erinnern, welche Partei(en) die Landesregierung stellt, die auf die Anrufung des Vermittlungsausschusses verzichtet hat?

Wenn man glaubhaft Integration für alle in Schleswig-Holstein fordert, liebe SPD, dann setzt man sich als Regierungspartei im Bundestag und Bundesrat für eine vernünftige Integrationspolitik ein, anstatt kurz vor der Sommerpause einen Wohlfühlantrag ohne Substanz zu stellen. Dieser Antrag hat doch keinerlei Einfluss auf die Integrationspolitik. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist scheinheilig!

Aufenthaltserlaubnisse nur noch im Einzelfall statt einer ehrliche Flüchtlingspolitik ist inzwischen die politische Norm in unserem Land. Statt Willkommenskultur setzt man auf die harte Linie und duldet allenfalls Menschen, die in ihrer Heimat – angeblich sicheren Herkunftsländern - aufgrund ihrer ethischen Herkunft zum Beispiel verfolgt und diskriminiert werden.

Integrationspolitik, werte Kolleginnen und Kollegen, muss gelebt werden. Das vom Bundestag beschlossene Integrationsgesetz ist in Wirklichkeit ein Exklusionsgesetz. Flüchtlinge und Asylbewerber werden exkludiert. So kann Integration weder in Bayern noch in Schleswig-Holstein gelingen.

Die Wohnortzuweisung, die die Große Koalition in Berlin beschlossen hat, und die die CDU hier bei uns nun umgesetzt sehen will, ist ein weiteres Ausschlusskriterium, denn die Integrationsangebote sind flächendeckend - aus Kosten-, Organisationsgründen und Personalmangel - nicht verfügbar.

Frei nach dem Motto „aus den Augen, aus dem Sinn“ will man Asylanten, Flüchtlingen und Schutzbedürftige in ländliche Regionen - ohne Perspektive auf Integration - abschieben. Das einzige was mit der Wohnsitzauflage geschaffen wird, ist mehr Bürokratie, mehr Willkür und letztlich mehr Ausgrenzung.

Ab und an, werte Kolleginnen und Kollegen, habe ich das Gefühl, dass das Integrationsgesetz so formuliert wurde, dass die Flüchtlinge und Migranten es überhaupt nicht einhalten können. Man setzt auf das Scheitern, um einen Grund zu haben, diese Menschen in ihre Heimat abschieben zu können. Selbst fehlende Reisedokumente sind, wie das Beispiel der rot-grünen Koalition in NRW zeigt, kein Hinderungsgrund mehr.

Dass sich die Flüchtlinge in unsere Gesellschaft integrieren wollen, wird von den Innenpolitikern und Ausländerbehörden geflissentlich ignoriert. Stattdessen werden die Stammtischmär vom integrationsunwilligen Asylanten geschürt und klassische Ressentiments bedient.

Herr Kollege Stegner, als Mitglied des Bundesvorstandes der SPD reden und handeln Sie anders, als hier in Ihrer Funktion als Fraktionsvorsitzender der SPD. Die SPD auf Bundesebene höhlt das Grundrecht auf Asyl weiter aus. Den Wohlfühlantrag der koalitionstragenden Fraktionen lehnen wir aus diesem Grunde ab.

---

## **Scharfe kritik am Integrationsgesetz des Bundes**

Gegen die Stimmen der Opposition hat der Landtag einen Antrag der Koalition zur Integrationspolitik angenommen. Ein Antrag der Union, der sich speziell mit der Wohnortzuweisung für Asylbewerber und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein befasst, wurde an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen. Reden wurden nicht gehalten, die Fraktionen gaben ihre Wortbeiträge zu Protokoll.

[http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/44/debatten/47\\_50.html](http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/44/debatten/47_50.html)